Verrechnungspreise in der Betriebsprüfung

Neuling / Wilmanns / Busch / Scheibe

2020 ISBN 978-3-406-74536-2 C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Verrechnungspreise in der Betriebsprüfung Vorbereitung – Verhandlung – Konfliktlösung





Verrechnungspreise in der Betriebsprüfung

Vorbereitung - Verhandlung - Konfliktlösung

Herausgegeben von:

Dr. C.-Alexander Neuling

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Steuerberater (Berlin) Jobst Wilmanns

Steuerberater (Frankfurt/Main)

Dr. Oliver Busch Steuerberater (Frankfurt/Main)

Henning Scheibe Rechtsanwalt, Steuerberater (Düsseldorf)

Bearbeitet von:

Dr. Jolita Adamonis (Frankurt/Main), Karin Andorfer, StBin (Wien), Martin Bonner (Wien), Dr. Oliver Busch, StB (Frankfurt/Main), Roman Chlebak (München), Márk Dombi (Berlin), Kayla Eberli (Zürich), Dr. Tim Eggebrecht (New York), Dr. Norbert Endres, RA/StB (München), Daniel Gloser (Wien), Dr. Stefan Griemla, StB (Frankfurt/Main), Dr. Björn Heidecke (Hamburg), Florian Henninger, StB (Wien), Sandra Höfer-Grosjean, RAin/StBin (Düsseldorf), Stefan Holzer, RA/StB (Wien), Dr. Raphael Holzinger, StB (Wien), Ronny John, StB (Leipzig), Markus Kircher, RA (Frankfurt/Main), Michala Kopecká, Syndikus RAin (Nürnberg), Claudia Lauten, StBin (Düsseldorf), Oliver Liche, StB/CPA (Berlin), Dr. Alexander Linn, StB (München), Jannis Lülf (Frankfurt/Main), Conrad Marburg, RA (Berlin), Bettina Mertgen, RAin/ FAinStR/StBin/FBinZölleVerbSt (Frankfurt/Main), Dr. C.-Alexander Neuling, RA/FAStR/ StB (Berlin), Roland Pfeiffer, RA/FAStR (Düsseldorf), Dr. Dinh V.T. Phan, RA (Düsseldorf), Tobias Fabian Prommer, RA (Düsseldorf), Volker Radermacher, StB (Düsseldorf), Günther Rebisant, RA (Wien), Carolin Reichel, StBin (Frankfurt/Main), Silas Röckle, StB (Stuttgart), Robert Rzeszut, StB (Wien), Henning Scheibe, RA/StB (Düsseldorf), Joshua Stadler (Frankfurt/Main), Lena Steinhoff (Hamburg), Prof. Dr. Raoul Stocker (Zürich), Claudia Synek (Wien), Andreas Theuerer, StB (Wien), Inka Traeger, Syndikus RAin (Darmstadt), Patrick Tränka, StB (München), Paula Vogler (Hamburg), Tim Weyer (Düsseldorf), Jobst Wilmanns, StB (Frankfurt/ Main), Dr. Christine Wolter, WPin/StBin (Frankfurt/Main), Merten Zenker, StB (Hongkong)

2020



Zitierweise: Autor in Neuling/Wilmanns/Busch/Scheibe Verrechnungspreise in der BP Teil Rn.



www.beck.de

ISBN 978 3 406 74536 2

© 2020 Verlag C. H. BECK oHG Wilhelmstraße 9, 80801 München Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

CO2
neutral
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Lasst uns nie aus Angst verhandeln, aber lasst uns auch nie Angst vor Verhandlungen haben. (John F. Kennedy)

Betriebsprüfung ist Verhandlungssache

Die Beteiligten einer Betriebsprüfung eint das Interesse, diese möglichst effizient zu einem Ende zu bringen.

Während diese Aussage für das geprüfte Unternehmen eine Selbstverständlichkeit darstellt, mag diese Aussage in Bezug auf die Finanzverwaltung zunächst überraschen. Aber gerade für die Finanzverwaltung gilt es, ihre knappen Ressourcen effizient einzusetzen und zu vermeiden, ein Unternehmen über Jahre zu prüfen, während andere Steuerpflichtige mangels Kapazität ungeprüft bleiben.

Diese gemeinsame Interessenlage erlaubt es vor dem Hintergrund der Verhandlungslehre, eine Situation zu schaffen, in der beide Seiten gewinnen und insgesamt in der Betriebsprüfung zu einem guten Ergebnis kommen können. Gut ist das Ergebnis, wenn es besser ist als die Alternativlösungen des geprüften Unternehmens und der Finanzverwaltung. Dies sind beispielsweise nationale Einspruchs- und Klageverfahren oder internationale Verständigungsverfahren, die allesamt häufig langwierig sind.

Vor diesem Hintergrund widmet sich das vorliegende Handbuch einem in der Praxis zentralen Konflikt in aktuellen Betriebsprüfungen bei multinationalen Unternehmen: den Verrechnungspreisen.

Globalisierung und Digitalisierung führen zu einer immer komplexeren internationalen Präsenz und Vernetzung multinationaler Unternehmen. Die OECD und die internationale Staatengemeinschaft haben darauf u. a. mit dem BEPS-Aktionsprogramm reagiert. Die in diesem Zusammenhang versprochene Verbesserung der internationalen Streitbeilegung steckt immer noch in ihren Kinderschuhen; auch ist es für die Unternehmen in vielen Fällen weiterhin nicht möglich, ein angemessenes Niveau an Planungssicherheit zu erlangen. Vielmehr entbrennt nach unserer Wahrnehmung und Erfahrung in der Praxis immer häufiger Streit über die grundlegende Akzeptanz von Verrechnungspreissystemen sowie die Angemessenheit von Verrechnungspreisen. Dies gilt unserer Einschätzung nach vor allem für die Betriebsprüfung.

Hierbei steht häufig das Verfahrensrecht (z.B. die Mitwirkungspflicht) im Mittelpunkt des Konflikts.

Hinzu kommt aktuell COVID-19. Diese gegenwärtige Pandemie zwingt viele multinationale Unternehmen zu tiefgreifenden Maßnahmen hinsichtlich ihrer Lieferketten und Geschäftsmodelle. Die Branchen entwickeln sich unterschiedlich: Dramatischer wirtschaftlicher Abschwung ist ebenso zu beobachten wie enorme Nachfrage. Die Fragen, was marktüblich ist und ob bisherige Verrechnungspreismodelle noch als fremdüblich angesehen werden können, müssen neu beantwortet werden. Diese Wirtschaftskrise wird in der Zukunft gemeistert werden. Es wird wirtschaftliche Erholung eintreten. Wir gehen aber auch davon aus, dass die Finanzverwaltung die Maßnahmen, welche die Unternehmen jetzt krisenbedingt ergreifen, in zukünftigen Betriebsprüfungen besonders aufmerksam prüfen wird: Transaktionen und Vertragsbedingungen (höhere Gewalt, Kündigung u. v. m.) werden auf ihre Fremdüblichkeit hin untersucht werden, Standort- und Personalentscheidungen werden hinsichtlich ihrer steuerlichen Konsequenzen hinterfragt werden. "Alter Wein in neuen Schläuchen": Die fehlende Dokumentation von Geschäftsentscheidungen in der gegenwärtigen Ausnahmesituation wird Unternehmen in Betriebsprüfungen in Erklärungsnot bringen. Denn es ist nach unserer Einschätzung davon auszugehen, dass die zukünftige

Vorwort

wirtschaftliche Erholung dazu führen wird, dass die Erinnerung an die momentane Krise verblassen wird. Der Bedarf an Steuereinnahmen wird Betriebsprüfungen dann aller Voraussicht nach seitens der Finanzverwaltung wieder bestimmen.

Das vorliegende Handbuch trägt diesen Entwicklungen Rechnung:

Es rückt die Betriebsprüfung in Verrechnungspreisfällen einschließlich ihrer Sonderformen (insbesondere sog. joint audits, ICAP) in den Mittelpunkt der Darstellung und begreift die Betriebsprüfung als Konflikt, den es mittels Verhandlung zu lösen gilt. Das Handbuch behandelt die Vorbereitung (durch das geprüfte Unternehmen und die Finanzverwaltung), Durchführung (Verhaltensempfehlungen, Auseinandersetzung über den Sachverhalt, Kooperation vs. Eskalation, Informationsaustausch, Schnittstellen zum Steuerstrafrecht) und den Abschluss der steuerlichen Außenprüfung (Schlussbesprechung, tatsächliche Verständigung, verbindliche Zusage, Prüfungsbericht, Änderungsbescheide nach Betriebsprüfung).

Allerdings beginnt die Betriebsprüfung für das geprüfte Unternehmen nicht erst mit der wirksamen Bekanntgabe der Prüfungsanordnung. Vielmehr kann das geprüfte Unternehmen auf den Konflikt Betriebsprüfung zeitlich bereits viel früher – präventiv – einwirken. Dies gilt insbesondere für die Erstellung seiner richtigen, vollständigen und rechtzeitigen Steuererklärungen und die Zuverlässigkeit der ihr zugrunde liegenden steuerlichen Prozesse

Ebenso wenig endet die Betriebsprüfung stets mit der wirksamen Bekanntgabe ihrer Änderungsbescheide. In denjenigen Fällen, in denen der Konflikt in der Betriebsprüfung nicht gelöst werden konnte, schließt sich die Phase der Rechtsverfolgung für das geprüfte Unternehmen an. Dazu zählen das nationale Einspruchs- und Klageverfahren, das internationale Verständigungsverfahren sowie die schlichte Gegenberichtigung.

Daher behandelt das vorliegende Handbuch ganzheitlich den gesamten Life Cycle der Verrechnungspreise: von der Prävention (insbesondere Tax Compliance Systeme, APAs und weiteren Möglichkeiten der Konfliktprävention, Deklaration einschließlich CbC-Reporting, Hilfs- und Nebenrechnung sowie Verrechnungspreisdokumentation), zur Betriebsprüfung selbst (Verhandlungspartner, Prüfungsanlässe und Prüfungsschwerpunkte, Rechtsgrundlagen, Verhandlungsvorbereitung, Eskalationsmöglichkeiten, Schnittstellen zum Steuerstrafrecht, Konflikt vs. Kooperation, Prüfungsbericht, Änderungsbescheide) bis hin zur Durchsetzung des nationalen Rechtsschutzes (Einspruch, Klage einschließlich vorläufiger Rechtsschutz), internationalen Konfliktlösungsmechanismen (korrespondierende Gegenberichtigung, Verständigungsverfahren, EU-Schiedsverfahren) und Sonderformen der Betriebsprüfung. Insbesondere um die "Weichen" für zukünftige Betriebsprüfungen nach COVID-19 jetzt richtig zu "stellen", legen wir den Unternehmen die Life Cycle Abschnitte Konfliktprävention und Deklaration ans Herz.

Denn trotz bester Vorbereitung lassen sich Konflikte in der Betriebsprüfung nicht vermeiden. Dies mag in der Natur der Verrechnungspreise liegen, die "keine exakte Wissenschaft" sind, weshalb es häufig einen Argumentationsspielraum gibt. Daher soll dieses Handbuch dem Praktiker in Unternehmen und Beratung auch eine hilfreiche Anleitung geben, wie das geprüfte Unternehmen seine Rechte verfolgen und durchsetzen und vor allem Doppelbesteuerung erfolgreich vermeiden bzw. auflösen kann.

Schließlich beleuchtet das Handbuch multidisziplinär praktisch wichtige Schnittstellenthemen (z. B. Quellensteuern, Zoll).

Fundierte Länderberichte aus österreichischer und schweizerischer Perspektive sollen dem Praktiker in Unternehmen und Beratung auch grenzüberschreitende Hilfestellung bei internationalen Verrechnungspreisstreitigkeiten geben.

Das vorliegende Handbuch wählt für den dargestellten Inhalt einen neuen Ansatz:

Es konzentriert sich auf die *verfahrensrechtlichen* Vorschriften, die vor, in und nach Betriebsprüfungen die Spielregeln und das Kräfteverhältnis in der Auseinandersetzung der Unternehmen mit den Finanzbehörden definieren.

Gleichzeitig stellt das vorliegende Handbuch – soweit ersichtlich: erstmals – dar, wie die Erkenntnisse aus der US-amerikanischen Verhandlungsforschung auch für den Konflikt der

Vorwort

Unternehmen mit den Finanzbehörden vor, während und nach der Betriebsprüfung praktisch nutzbar gemacht werden können.

Als Handbuch für Praktiker in Unternehmen und Beratung enthält jeder thematisch abgeschlossene Abschnitt zu Beginn einen zusammenfassenden Überblick und im weiteren Verlauf der Darstellungen aktuelle Beispiele aus der Praxis.

Es soll so ein hilfreicher Begleiter für Praktiker in Unternehmen und Beratung sein, um über Verrechnungspreise vor, während und nach der Betriebsprüfung erfolgreich zu verhandeln und – falls nötig – erfolgreich zu streiten.

Ein derart umfangreiches Vorhaben ist nicht ohne die Hilfe vieler Kolleginnen und Kollegen zu bewältigen. Wir danken allen Autorinnen und Autoren, die sich neben der anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit der Herausforderung angenommen haben, einen Beitrag zu diesem Handbuch zu leisten. Unseren Kolleginnen und Kollegen Stefanie Cernic, Mathilda Hilbeck, Heiko Ramcke sowie Herrn Ministerialrat a.D. Manfred Naumann danken wir für Ihre redaktionelle Unterstützung, fachliche Mitarbeit sowie Kritik. In diesen Dank möchten wir ausdrücklich auch Herrn Dr. Aichberger und Herrn Hunold sowie Frau Hein vom C. H. Beck Verlag einbeziehen, die den gesamten Erstellungs- und Umsetzungsprozess mit vielen wertvollen Ratschlägen sowie einer sehr entgegenkommenden Geduld begleitet haben. Schließlich gebührt unser Dank den Familienangehörigen der Herausgeber und Autorinnen sowie Autoren für Ihre Nachsicht.

Wir hoffen, dass dieses Praktikerhandbuch den Leser im steuerlichen Alltag nicht nur als Nachschlagewerk unterstützt, sondern auch – im Sinne des einleitenden Zitats – zum Nachdenken anregt und somit zu besseren Ergebnissen in der Betriebsprüfung und den ggfs. notwendigen Folgeprozessen führt.

Berlin/Düsseldorf/Frankfurt am Main, im August 2020

Die Herausgeber



Inhaltsübersicht

	Seite
Vowort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Gesamtliteraturverzeichnis	XXXIII
Urteilsregister	XLIII
1. Teil: Verhinderung des Konflikts vor der Betriebsprüfung	1
2. Teil: Anbahnung des Konflikts vor der Betriebsprüfung	79
3. Teil: Austragung des Konflikts in der Betriebsprüfung	115
4. Teil: Nicht-Einigung: Fortsetzung des Konflikts nach der Betriebsprüfung	271
5. Teil: Schnittstellen	349
6. Teil: Österreich	401
7. Teil: Schweiz	497
Stichwortregister DECK-Shop 1	523
DIE FACHBUCHHANDL	UNG



	Seite
Vowort	V
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Gesamtliteraturverzeichnis	XXXIII
Urteilsregister	XLIII
Ortensiegister	ALIII
1. Teil: Verhinderung des Konflikts vor der Betriebsprüfung	1
A. Interne Kontrollsysteme ("IKS")	3
I. Einführung	
1. Rollen eines internen Kontrollsystems für Steuern	4
2. Ausgestaltung eines Tax CMS	5
3. Tax CMS im internationalen Kontext	
II. Implementierung eines Tax CMS im Unternehmen	
1. Reifegrad eines Tax CMS	
2. Umfang eines Tax CMS	
III. Praxiserfahrung zur Implementierung eines Tax CMS	10
1. Die sieben Elemente eines Tax CMS	10
2. Dokumentation und Zertifizierung	14
3. Dreistufiger Projektansatz	
a) Aufnahme und Dokumentation bestehender Prozesse	
b) Erstellung einer Risiko-Kontroll-Matrix	15
c) Erstellung der Tax CMS-Dokumentation	
B. Advance Pricing Agreements	
I. Einleitung	
II. Rahmenbedingungen und Vorüberlegungen	
Kalinichtedungen und vorübenegungen Einleitung	
Kooperationsmaxime und umfassende Mitwirkung	
3. Automatischer Informationsaustausch in der EU	
4. Informationsaustausch mit Drittstaaten	
Durch APA ausgelöste Betriebsprüfung	
6. Joint Audits und APAs	
7. Auswirkungen von bilateralen APAs in "Drittstaaten"	
III. Prefiling	
1. Vorbereitung	
Erste Einschätzung des BZSt	
IV. Antragsverfahren	
1. Zuständigkeit	
2. Antragsberechtigung	
3. Formerfordernis	
4. Gebühren	
5. Beginn und Laufzeit	
6. Einbeziehung abgelaufener Wirtschaftsjahre	25
7. Nachforderungszinsen	
8. Inhalt des Antrages	
9. Gültigkeitsbedingungen	
10. Mitwirkungsverpflichtung des Antragstellers	
11. Entscheidung über den Antrag	
12. Rechtsschutz bei Ablehnung des APA-Antrags	

		Seite
	V. Vorabverständigungsverfahren	28
	1. Auswertung des Antrags, Rückfragen und Erstellung des Positionspapiers	28
	2. Keine Verfahrensbeteiligung des Antragsstellers	28
	3. Verhandlung	29
	4. Abschluss der Vorabverständigung und Einspruchsverzicht	29
	VI. Umsetzung der Vorabverständigungsvereinbarung	30
	1. Einleitung	30
	2. Compliance-Report: Berichts- und Nachweispflichten	30
	a) Zuständigkeit	
	b) Formerfordernis	30
	c) Frist	30
	d) Inhalt	31
	e) Dokumentationspflichten nach § 90 Abs. 3 AO	31
	f) Verifikation des Compliance Reports durch Außenprüfung	
	3. Nichtverwirklichung bzw. Nichterfüllung des APA	31
	a) Fallgruppen	31
	b) Vorgehensweise bei Nichteinhaltung der APA-Bedingungen	
	VII. Antrag auf Verlängerung des APA auf Folgejahre	32
	VIII. APA – Länderpraxis	
	IX. Ausblick	34
C.	Verbindliche Auskunft	35
	I. Einleitung und Bedeutung in der Verrechnungspreispraxis	35
	II. Abgrenzung	36
	III. Voraussetzungen	37
	1. Noch nicht realisierter Sachverhalt	
	2. Besonderes Interesse aufgrund erheblicher steuerlicher Auswirkungen	
	3. Formulierung einer konkreten Rechtsfrage	38
	IV. Zuständigkeit V. Bindungswirkung	38
	V. Bindungswirkung	38
	VI. Rechtsschutz	39
	VII. Gebührenpflicht	39
	VIII. Praxishinweis: Unverbindliche Auskunft	39
D.	Umsetzung und Deklaration	40
	I. Überblick	40
	II. Steuererklärung: Die sog. Filing Position	41
	1. Deklarationsaspekte	41
	2. Berichtigung nach § 153 AO	42
	a) Bedeutung in der Praxis	43
	b) Voraussetzungen	43
	c) Wirkungen/Rechtsfolgen	45
	d) Fazit	47
	III. Die Hilfs- und Nebenrechnung (§ 3 BsGaV)	47
	1. Überblick: Die steuerliche Ergebnisberechnung der Betriebsstätte	47
	2. Die BsGaV als Konkretisierung des AOA	47
	3. Erstellung der Hilfs- und Nebenrechnung gem. § 3 BsGaV	48
	IV. Country-by-Country Reporting	50
	1. Ziele	50
	2. Rechtliche Grundlagen	51
	3. Pflichten	52
	a) Anzeigepflicht in der Steuererklärung	52
	b) Primäre und sekundäre Berichtspflicht	53
	4. Abgabefrist, Übermittlung und Sanktionen	53
	a) Abgabefrist	53
	b) Übermittlung und Weitergabe des länderbezogenen Berichts	53
	c) Sanktionen	54
	5. Aufbau und Inhalt des Country-by-Country Reportings	54
	a) Datenquelle und Berichtsjahr	55
	, 1	

	Seite
b) Berichtseinheiten	55
c) Zu übermittelnde Informationen	56
V. Verrechnungspreisdokumentation (§ 90 Abs. 3 AO)	58
1. Überblick: Relevanz der Verrechnungspreisdokumentation in der Betriebs-	
prüfung	58
2. Entstehung der Norm und Unionsrechtskonformität	58
3. Tatbestandsvoraussetzungen der Erstellungspflicht gem. § 90 Abs. 3 AO	59
4. Umfang der Aufzeichnungen und Grenzen der Mitwirkungspflicht nach § 90	
Abs. 3 AO	61
a) Grundsätze der Aufzeichnungspflicht	61
b) Art, Inhalt und Umfang der Aufzeichnungen	62
c) Zeitliche Aspekte und außergewöhnliche Geschäftsvorfälle	
5. Landesspezifische, unternehmensbezogene Dokumentation	67
a) Allgemein erforderliche Aufzeichnungen	67
b) Erforderliche Aufzeichnungen in besonderen Einzelfällen	
c) Aufzeichnungen zu verwendeten Datenbanken	
6. Stammdokumentation	74 74
a) Überblick	7 4 74
b) Erforderliche Aufzeichnungen	
7. Erleichterungen bei Aufzeichnungspflichten	
a) Überblick	77
b) Schätzung der Besteuerungsgrundlage	77
c) Festsetzung von Zuschlägen	78
c) resisetzung von Zuschlagen	
2. Teil: Anbahnung des Konflikts vor der Betriebsprüfung	79
A. Verhandlungspartner	80
I. Überblick	80
I. ÜberblickII. Die prüfenden Finanzbehörden	81
1. Zuständigkeiten	81
a) Aufbau und Organisation	81
b) Primäre Zuständigkeit und Auftragsprüfung	82
c) Besonderheiten bei Konzernprüfungen	84
d) Betriebsprüfungsfinanzamt	84
e) Beauftragung anderer Finanzämter	85
f) Mitwirkung des BZSt (Bundesbetriebsprüfstelle) und der OFD	85
g) Beteiligte am Verfahren und Ausdehnung auf ausländische Unternehmens-	
einheiten	87
h) Rechte und Pflichten der Betriebsprüfer	88
i) Rechte und Pflichten des Steuerpflichtigen	89
III. Das geprüfte Unternehmen	89
Einführung Aufbewahrung und Zugang zu Informationen	89 90
a) Überblick	90
b) Aufbewahrungs- und vorlagepflichtige Unterlagen	90
c) Aussetzung der Vollziehung und Verzinsung	91
c) Elektronischer Datenzugriff nach § 147 Abs. 6 AO	92
d) Art der Archivierung	94
e) Ort der Archivierung	96
f) Beweisvorsorge/Verfahrensprinzipien/Verhältnismäßigkeit	97
B. Prüfungsbeginn und Prüfungsschwerpunkte	101
I. Überblick	
II. Ablauf	
1. Auswahl der geprüften Unternehmen	
Prüfungsanordnung	102
a) Angaben zum Prüfungsteam	102
b) Angaben zum Prüfungsbeginn	

	Seite
c) Angaben zum Prüfungszeitraum/zur Prüfungserweiterung	103
d) Erstreckungsprüfung	104
e) Rechtsschutz	104
3. Vorbereitende Prüfungshandlungen	
4. Anforderung der Verrechnungspreisdokumentation	105
5. Prüferanfragen und der Gewissheitsgrad der Sachaufklärung	
a) Untersuchungsgrundsatz und Verantwortungssphären	
b) Grenzen der Sachverhaltsermittlung	
c) Rechtsschutz	
6. Weitere Möglichkeiten der Sachverhaltsermittlung	
a) Erkenntnisse aus Kontrollmitteilungen	
b) Amtshilfe in Steuersachen	
7. Rechtsauffassung der Betriebsprüfung und Zwischenbesprechung	
8. Schlussbesprechung und Prüfungsbericht	
9. Auswertung durch die Veranlagungsstelle und Änderungsbescheide	
10. Sonderfragen	
a) Antrag auf Durchführung einer zeitnahen Betriebsprüfung	
b) Antrag auf Durchführung einer koordinierten Außenprüfung	
11. Typische Prüfungsschwerpunkte	
a) Unternehmensumstrukturierungen b) Immaterielle Wirtschaftsgüter	
c) Finanztransaktionen	
d) Dauerverlustunternehmen	
f) Konzerninterne Dienstleistungen	_
g) APA-Anträge/Compliance Reports	
III. Schlussbemerkungen	
, DAM AIIANI	
3 Tail: Austragung des Konflikts in der Betriebenrüfung	115
3. Teil: Austragung des Konflikts in der Betriebsprüfung A. Verhandlungslehre als strukturgebendes I. Arten der Verhandlungsstrategien	
A. Verhandlungslehre als strukturgebendes Prinzip	119
I. Arten der vernandlungsstrategien	120
II. Verhandlungskonzept auf wissenschaftlicher Basis	
Persönlichen Umgang der Verhandlungspartner von der Sache trennen Allgemein	
b) Anwendung in Betriebsprüfung	
Wahrnehmung des Sachverhalts klären	
a) Allgemein	
b) Anwendung in Betriebsprüfung	
3. Interessen ermitteln statt Positionen austauschen	
a) Allgemein	
b) Anwendung in Betriebsprüfung	
4. Lösungsoptionen aus Interessen ableiten	
a) Allgemein	
b) Anwendung in Betriebsprüfung	
5. Legitimation	
a) Allgemein	
b) Anwendung in Betriebsprüfung	125
6. Alternativen zum Verhandlungsergebnis prüfen (BATNA – Best Alternative To	
a Negotiated Agreement)	126
a) Allgemein	126
b) Anwendung in Betriebsprüfung	126
III. Umsetzung in der Praxis: 5 wesentliche Erfolgsfaktoren	
1. Vorbereitung	
2. Verhandlungsstil	
3. Rollenverteilung	
a) Verhandler	
b) Entscheider	
c) Rollenspiele: Good Cop Bad Cop"	129

		Seite
	4. Gesprächsstruktur	130
	5. Problemsituationen	130
	IV. Zusammenfassung	131
D		
D.	Verhandlungsvorbereitung	
	I. Uberblick	
	II. Vorbereitung der Betriebsprüfer	
	III. Vorbereitung des zu prüfenden Unternehmens	133
	Verhandlungsführung: 10 Verhaltensempfehlungen für das geprüfte Unternehmen und	
	seinen Berater	135
	I. Empfehlung 1: Der Ressourceneinsatz des Unternehmens sollte dem Steuerrisiko	
	der Betriebsprüfung entsprechen	135
	II. Empfehlung 2: Jede Prüferanfrage sollte sorgfältig analysiert und im Mehr-Augen-	
	Verfahren beantwortet werden	136
	III. Empfehlung 3: "Der Ton macht die Musik"	137
	IV. Empfehlung 4: Fristen einhalten	
	V. Empfehlung 5: Mitwirkung dokumentieren	139
	VI. Empfehlung 6: Kein "Spiel mit verdeckten Karten"	
	VII. Empfehlung 7: Strafrechtliche Hinweise: neue "Spielregeln"	
	VIII. Empfehlung 8: Zwischenbesprechungen durchführen	
	IX. Empfehlung 9: Ziel und Strategie definieren und im Auge behalten	141
	X. Empfehlung 10: Grundsatz: kein Verzicht auf die Schlussbesprechung und	
	Möglichkeit zur Stellungnahme zum Betriebsprüfungsbericht nutzen	
D.	Eskalationsmöglichkeiten	142
	I. Überblick	142
	II. Mitwirkungspflichten	143
	1. Amtsermittlungsgrundsatz	143
	a) Gesetzmäßigkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung	
	b) Beweismittel	144
	d) Beweiswürdigung	
	2. Mitwirkungspflichten	
	a) Allgemeine Mitwirkungspflicht	
	b) Erweiterte Mitwirkungspflicht	
	c) Vorlagepflichtige Beweismittel	
	d) Aufzeichnungspflichten	156
	3. Beweismaß und Beweislast	
	4. Schätzungsbefugnis	
	a) Verrechnungspreisdokumentation	
	b) Verletzung der erweiterten Mitwirkungspflichten	
	c) Verdeckte Gewinnausschüttung	160
	d) Dauerverluste	
	III. Betriebsstättensachverhalte	
	Anzeigepflichten Anzeigepflicht im Hinblick auf die Begründung von Betriebsstätten	
		102
	 b) Anzeigepflicht im Hinblick auf den l\u00e4nderbezogenen Bericht multinationaler Unternehmensgruppen (sog. Country-by-Country 	
	Reporting)	162
	2. Buchführung, Bilanzierung und Aufzeichnung	163
	a) Buchführungspflichten	
	b) Bilanzierungspflicht	
	c) Aufzeichnungspflichten	165
	3. Mitwirkungspflichten	165
	a) Erhöhte Mitwirkungspflicht nach § 90 Abs. 2 AO	165
	b) Mitwirkungspflicht bei Geschäftsbeziehungen zu Personen mit	-00
	Auslandsbezug	166
	c) Hilfs- und Nebenrechnung	168

	Seite
4. Völkerrechtliche Aspekte	169
a) Betriebsstättenbegründung	169
b) Betriebsstättengewinnabgrenzung	173
c) Vermeidung der Doppelbesteuerung	
IV. Informationsaustausch	
1. Überblick	179
2. Anlässe in der Praxis	179
3. Rechtsgrundlagen	180
a) Überblick	180
b) Bundesrepublik Deutschland = beanspruchender Staat	184
c) Bundesrepublik Deutschland = gewährender Staat	190
d) In beiden Fällen: DBA	195
4. Rechtsschutz	197
a) Praxisfälle und Überblick	197
b) Rechtsgrundlage	198
c) Zulässigkeit	200
d) Begründetheit	201
e) Beschwerde	202
V. Verwertbarkeit von Verrechnungspreisdokumentationen	202
1. Anwendungsbereich und Regelungsinhalt	203
2. Historie der Rechtsnormen	204
3. Im Wesentlichen unverwertbare Aufzeichnungen	206
4. Rechtsschutz	208
5. Praktische Bedeutung	
VI. Steuerstrafrecht	210
1. Steuerhinterziehung nach § 370 AO – Verrechnungspreise	211
a) Objektiver Tatbestand	
b) Subjektiver Tathestand	213
c) Rechtsfolgen und Zwischenfazit	215
2. Gegenmaßnahmen/Berichtigung	216
a) Abgrenzung § 153 AO und § 371 AO	217
b) Alternative: Bußgeldbefreiende Selbstanzeige nach § 378 Abs. 3 AO	
3. Schnittstelle zum Strafverfahren: Verdachtsschöpfung (§ 10 BpO)	218
a) Anlässe für die Einleitung von Strafverfahren	219
b) § 10 BpO	
c) Nebeneinander von Besteuerungsverfahren und Steuerstrafverfahren	
d) Rechte des Steuerpflichtigen	224
e) Rechte und Pflichten von Mitarbeitern und Dritten	
f) Beweisverwertungsverbote	
E. Einigung versus Nicht-Einigung	227
I. Überblick	227
II. Schlussbesprechung	228
1. Zweck	228
2. Durchführung	229
3. Relevanz für Festsetzungsverjährung	
4. Inhalt	230
5. Praxishinweise	231
a) Vorbereitung	231
b) Durchführung	234
c) Nachbereitung	236
6. Strafrechtliche Aspekte in der Schlussbesprechung	236
III. Tatsächliche Verständigung	237
1. Einleitung	237
2. Rechtsgrundlage und Abgrenzung zur verbindlichen Auskunft/verbindlichen	/
Zusage	238
3. Voraussetzungen	239
a) Zulässigkeit	239
a) Zulassigneit	45)

	Seite
b) Nicht oder nur unter erschwerten Umständen ermittelbarer Sachverhalt	239
c) Zeitpunkt	240
4. Durchführung	240
5. Rechtsfolgen	241
6. Hinweis zu Verständigungs- und Schiedsverfahren	
IV. Verbindliche Zusage	242
1. Einleitung und Bedeutung in der Verrechnungspreispraxis	242
2. Rechtliche Grundlagen und Zweck	
3. Wesentliche Voraussetzungen (§ 204 AO)	
4. Form und Inhalt (§ 205 AO)	
5. Bindungswirkung (§ 206 AO)	
6. Aufhebung oder Änderung (§ 207 AO)	
F. Prüfungsbericht	
I. Uberblick	
II. Sinn und Zweck	
III. Rechtsqualität	
IV. Rechtsschutz	
V. Inhalt	
VI. Praxishinweis: Stellungnahme zum Prüfungsbericht	
G. Änderungsbescheide nach Betriebsprüfung	
I. Überblick: Besteuerungsrichtigkeit versus Rechtssicherheit	
II. Festsetzungs- und Feststellungsverjährung	
1. Beginn	
2. Dauer	254
3. Ende	
a) Überblick	
b) Betriebsprüfung	255
c) Rechtsbehelf	258
d) Vorläufige Steuerfestsetzung	258 259
Überblick Korrekturnormen innerhalb der AO	
a) Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 AO)	
b) Vorläufige Steuerfestsetzung (§ 165 AO)	262
c) § 172 AO	
d) Neue Tatsachen (§ 173 AO)	264
e) Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen oder Schiedssprüchen	201
(§ 175a AO)	265
3. Korrekturnormen außerhalb der AO	
IV. Vertrauensschutz (§ 176 AO)	
V. Berichtigung materieller Fehler (§ 177 AO)	268
4. Teil: Nicht-Einigung: Fortsetzung des Konflikts nach der Betriebsprüfung	271
A. National: Einspruch und finanzgerichtliches Verfahren	
I. Überblick	273
II. Einspruch	274
1. Zulässigkeit	274
a) Frist	274
b) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	276
c) Form	277
d) Weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen	277
2. Begründetheit	
3. Besondere Verfahrenssituationen	279
III. Antrag auf Aussetzung (Aufhebung) der Vollziehung	280
1. Zulässigkeit	
2. Begründetheit	
3 Sicherheitsleistung	284

	Seite
IV. Erörterung des Sach- und Rechtsstandes	285
V. Abschluss des Einspruchsverfahrens, Vorbereitung des Klageverfahrens	
VI. Klage	286
VII. Aussetzung (Aufhebung) der Vollziehung	
VIII. Akteneinsicht, Klagebegründung, Erörterungstermin	
1. Akteneinsicht	
2. Klagebegründung	
3. Erörterungstermin	
IX. Mündliche Verhandlung, Urteil	
X. Revision und Nichtzulassungsbeschwerde	
1. Revision	
2. Nichtzulassungsbeschwerde	291
B. International:Verständigungsverfahren	292
I. Überblick	292
II. Verständigungsverfahren nach Doppelbesteuerungsabkommen	292
1. Einleitung	
2. Verfahrensgang	
a) Abschluss der Betriebsprüfung	
b) Antrag auf Einleitung des Verständigungsverfahrens	
c) Aussetzung der Vollziehung und Verzinsung	
d) Quellensteuern	
e) Verfahrensbegleitung	
f) Durchführung des Verfahrens	296
g) Verständigung	296
h) Schiedsverfahren	296
i) Umsetzung der Verständigungsregelung	
j) Verbindung von Verständigungsverfahren und APA	
k) Verzicht auf ein Verständigungsverfahren bzw. Schiedsverfahren	297
k) verzient aar em verstandigangsvertanien bzw. Genteusvertanien	271
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective .	299
BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards	299 299
BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices	299 299 301
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung	299 301 301
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren	299 301 301
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem	299 301 301 301
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct	299 299 301 301 302
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung	299 299 301 301 302 302
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang	299 299 301 301 301 302 302 303
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag	299 299 301 301 302 302 303 303
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist	299 299 301 301 302 302 303 303
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen	299 299 301 301 302 302 303 303 303
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen	299 299 301 301 302 302 303 303 303 304 305
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen	299 299 301 301 302 302 303 303 303 304 305
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen	299 299 301 301 302 303 303 303 303 305 305
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebsstättenfälle	299 299 301 301 302 302 303 303 303 305 305 305
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebsstättenfälle b) Dreiecksfälle	299 299 301 301 302 302 303 303 303 305 305 307
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebsstättenfälle b) Dreiecksfälle IV. EU-Streitbeilegungsrichtlinie	299 299 301 301 302 302 303 303 303 305 305 307
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebstättenfälle b) Dreiecksfälle IV. EU-Streitbeilegungsrichtlinie 1. Einleitung 2. Allgemeines	299 299 301 301 302 302 303 303 303 305 305 307 307 308
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebsstättenfälle b) Dreiecksfälle IV. EU-Streitbeilegungsrichtlinie 1. Einleitung 2. Allgemeines 3. Verfahren im Einzelnen	299 299 301 301 302 302 303 303 303 305 305 307 307 308
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebsstättenfälle b) Dreiecksfälle IV. EU-Streitbeilegungsrichtlinie 1. Einleitung 2. Allgemeines 3. Verfahren im Einzelnen a) Einleitung des Verfahrens mittels Beschwerde	299 299 301 301 302 302 303 303 303 305 305 307 307 308 308
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebsstättenfälle b) Dreiecksfälle IV. EU-Streitbeilegungsrichtlinie 1. Einleitung 2. Allgemeines 3. Verfahren im Einzelnen a) Einleitung des Verfahrens mittels Beschwerde b) Verständigungsverfahren nach Zulassung der Beschwerde	299 299 301 301 302 302 303 303 303 305 305 307 308 308 308 308
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebsstättenfälle b) Dreiecksfälle IV. EU-Streitbeilegungsrichtlinie 1. Einleitung 2. Allgemeines 3. Verfahren im Einzelnen a) Einleitung des Verfahrens mittels Beschwerde b) Verständigungsverfahren nach Zulassung der Beschwerde c) Zurückweisung der Beschwerde	299 299 301 301 302 302 303 303 303 305 305 307 307 308 308 308 308
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebsstättenfälle b) Dreiccksfälle IV. EU-Streitbeilegungsrichtlinie 1. Einleitung 2. Allgemeines 3. Verfahren im Einzelnen a) Einleitung des Verfahrens mittels Beschwerde b) Verständigungsverfahren nach Zulassung der Beschwerde c) Zurückweisung der Beschwerde d) Verhältnis zu anderen Verfahren	299 299 301 301 302 303 303 303 305 305 307 307 308 308 308 308 308 308
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebsstättenfälle b) Dreiccksfälle IV. EU-Streitbeilegungsrichtlinie 1. Einleitung 2. Allgemeines 3. Verfahren im Einzelnen a) Einleitung des Verfahrens mittels Beschwerde b) Verständigungsverfahren nach Zulassung der Beschwerde c) Zurückweisung der Beschwerde d) Verhältnis zu anderen Verfahren	299 301 301 302 303 303 303 303 305 305 307 308 308 308 308 308 311 311
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebsstättenfälle b) Dreiecksfälle IV. EU-Streitbeilegungsrichtlinie 1. Einleitung 2. Allgemeines 3. Verfahren im Einzelnen a) Einleitung des Verfahrens mittels Beschwerde b) Verständigungsverfahren nach Zulassung der Beschwerde c) Zurückweisung der Beschwerde d) Verhältnis zu anderen Verfahren C. Schlichte Gegenberichtigung I. Einführung	299 299 301 301 302 303 303 303 305 305 307 307 308 308 308 308 311 311
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebsstättenfälle b) Dreiecksfälle IV. EU-Streitbeilegungsrichtlinie 1. Einleitung 2. Allgemeines 3. Verfahren im Einzelnen a) Einleitung c) Allgemeines 3. Verfahren im Einzelnen a) Einleitung des Verfahrens mittels Beschwerde b) Verständigungsverfahren nach Zulassung der Beschwerde c) Zurückweisung der Beschwerde d) Verhältnis zu anderen Verfahren	299 301 301 302 303 303 303 303 305 305 307 307 308 308 308 311 311 312 313
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebsstättenfälle b) Dreiecksfälle IV. EU-Streitbeilegungsrichtlinie 1. Einleitung 2. Allgemeines 3. Verfahren im Einzelnen a) Einleitung des Verfahrens mittels Beschwerde b) Verständigungsverfahren nach Zulassung der Beschwerde c) Zurückweisung der Beschwerde d) Verhältnis zu anderen Verfahren C. Schlichte Gegenberichtigung I. Einführung II. Rechtsgrundlagen 1. OECD	299 301 301 301 302 303 303 303 305 305 305 307 308 308 308 308 308 311 311
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective a) Mindeststandards b) Best Practices c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct 1. Einleitung 2. Verfahrensgang a) Antrag b) Antragsfrist c) Verfahren im Einzelnen 3. Einzelfragen a) Betriebsstättenfälle b) Dreiecksfälle IV. EU-Streitbeilegungsrichtlinie 1. Einleitung 2. Allgemeines 3. Verfahren im Einzelnen a) Einleitung c) Allgemeines 3. Verfahren im Einzelnen a) Einleitung des Verfahrens mittels Beschwerde b) Verständigungsverfahren nach Zulassung der Beschwerde c) Zurückweisung der Beschwerde d) Verhältnis zu anderen Verfahren	299 301 301 301 302 303 303 303 305 305 305 307 308 308 308 308 308 311 311

	Seite
c) Umsetzung	316
d) Aktuelle Entwicklung	317
2. EU	318
a) EU-Schiedskonvention	318
b) Aktuelle Entwicklung	318
3. Nationales Recht	319
a) Deutsche DBA Verhandlungspraxis	319
b) Self-executing Wirkung	320
c) Verfahrensrechtliche Aspekte	320
III. Praxishinweise und Ausblick	321
D. Sonderformen der Betriebsprüfung	322
I. Koordinierte steuerliche Außenprüfung	322
1. Hintergrund	323
2. Internationale und nationale Entwicklungen	324
3. Pilotprojekte	325
4. Definitionen und Rechtsgrundlagen für die Durchführung koordinierter	
steuerlicher Außenprüfungen	326
a) Definitionen	326
b) Rechtsgrundlagen	327
c) Grenzen der Informationsübermittlung	329
5. Durchführung einer koordinierten Außenprüfung	330
a) Verfahrensablauf (BMF Merkblatt vom 6.1.2017)	330
b) Empfehlungen von EU und OECD	334
6. Verfahrensrechtliche Lösungsansätze im Vergleich	336
II. Zusammenspiel mit APAs III. ICAP: International Compliance Assurance Programme	338 339
1. Überblick	339
2. Interaktion mit koordinierten Außenprüfungen	339
3 ICAP 2 0	340
3. ICAP 2.0IV. Fazit	342
V. Zeitnahe Betriebsprüfung gem. § 4a BpO 2000	342
1. Ausgangslage	343
2. Regelungsinhalt	343
3. Praktische Bedeutung	345
4. Zusammenfassung	346
VI. Abgekürzte Außenprüfung	346
1. Hintergrund	346
2. Regelungsinhalt	347
3. Praktische Bedeutung	347
4. Zusammenfassung	348
5. Teil: Schnittstellen	349
A. Besteuerung von Internationalen Personengesellschaften	350
I. Überblick	350
II. Qualifikations- und Zurechnungskonflikte	350
III. Laufende Lieferungs- und Leistungsbeziehungen	353
IV. Sonderbetriebsbereich und Zuordnungsregeln des § 50d Abs. 10 EStG	355
V. Switch-over-Regelung des § 50d Abs. 9 EStG	358
VI. Weitere Einschränkungen der DBA-Freistellugsmethode	361
B. Quellensteuersachverhalte	363
I. Allgemeines	363
II. Abzugssteuer nach § 50a EStG	363
1. Grundlagen	363
2. Steuerklauseln und Freistellungs- bzw. Erstattungsverfahren	364
III. Verdeckte Gewinnausschüttungen	365
IV Vorsorge	366

	Seite
C. Zoll	367
I. Einleitung	
II. Überblick Zoll(wert)recht	
1. Grenzüberschreitender Warenverkehr	
2. Berechnung der Zollschuld	
a) Zollwertrecht: Die Bestimmung des Zollwertes	
b) Methoden der Zollwertbestimmung	
c) Zollsatz	
III. Das Verhältnis von Zöllen und Verrechnungspreisen	
1. Im Allgemeinen: Warenlieferungen	
2. Im Besonderen: zwischen verbundenen Personen	
IV. Verrechnungspreise als Grundlage für den Zollwert	
1. Einführung	371
2. Anwendbarkeit der Transaktionswertmethode aufgrund von	
Verrechnungspreisen	371
3. Voraussetzung der Anwendbarkeit der Verrechnungspreise als Zollwert	372
4. Die einzelnen Verrechnungspreismethoden	373
5. Behandlung von Preisanpassungen	373
a) Unterjährige prospektive Anpassungen	
b) Retrospektive Jahresendanpassungen	
V. Verwendbarkeit einer Verrechnungspreisdokumentation für die	
Zollwertbestimmung	375
VI. Verfahrensrechtliche Besonderheiten bei der Auseinandersetzung mit der	0,0
Zollverwaltung	376
1. Allgemeines	
Zollrechtliche Behandlung von Verrechnungspreisen	
a) Mögliche Maßnahmen zur rechtssicheren Anmeldung von Zollwerten	
b) Verfahrensmäßige Abwicklung von Jahresendanpassungen	
3. Die Zollprüfung	
a) Allgemeines	
b) Zeitlicher Umfang	
c) Inhaltliche Auseinandersetzung	
d) Ständiges Einwirken auf die Fassung des Prüfungsberichtes	
e) Ggf. Stellungnahme zum Prüfungsbericht	
4. Einspruch und finanzgerichtliche Klage	381
5. Strategie im Bußgeldverfahren	381
VII. Informationsaustausch zwischen Steuer- und Zollbehörden in ausgewählten	
Ländern	382
D. Immaterielle Werte	385
I. Überblick	385
II. Definitorische Abgrenzung	
III. Zuordnung	
IV. Propädeutik zur Wertermittlung	
V. Plandaten	
VI. Dokumentation	
vi. Dokumentation	371
(m # 5	404
6. Teil: Österreich	
I. Vor der Außenprüfung	
1. Gesetzliche Grundlagen der Dokumentationspflicht	404
a) Allgemeine Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit	
Verrechnungspreisen	
b) Steuererklärungen	
c) Verrechnungspreisdokumentation	405
d) Finanzstrafrechtliche Aspekte im Zusammenhang mit der	
Verrechnungspreisdokumentation	
e) Sonstige Rechtsfolgen einer mangelhaften Dokumentation	
f) Aufbewahrungsfristen	

	Seite
2. Die Bedeutung von Verträgen im Rahmen der	
Verrechnungspreisdokumentation	413
a) Die Bedeutung von Verträgen im innerstaatlichen Steuerrecht	413
b) Die Bedeutung von Verträgen im Rahmen der Verrechnungspreisanalyse	414
c) Sachgerechte Abgrenzung des Geschäftsvorfalls im Sinne der OECD –	
Schriftliche Verträge versus tatsächliches Verhalten der Beteiligten	414
d) Das Zusammenspiel aus Angehörigenjudikatur und der Relevanz des	111
tatsächlichen Verhaltens im Sinne der OECD-VPG	415
3. Einigung vorab (APA, Auskunftsbescheid, Treu & Glauben)	
a) Vorabverständigungsverfahren im Sinne des Art. 25 OECD-MA	416
b) Auskunftsbescheid gemäß § 118 BAO	419
c) Auskünfte basierend auf dem Grundsatz von Treu und Glauben	425
d) Grenzüberschreitender Informationsaustausch über grenzüberschreitende	123
Vorbescheide und Vorabverständigungen über die Verrechnungspreis-	
gestaltunggestaltung	428
e) Treu und Glauben im Zusammenhang mit Amtshandlungen	428
4. Begleitende Kontrolle und Steuerkontrollsysteme	429
a) Allgemeines	429
b) Antragstellung und Anwendungsvoraussetzungen	
c) Steuerkontrollsystem	431
d) Begutachtung des Steuerkontrollsystems	434
e) Rechte und Pflichten des Unternehmens während der begleitenden	151
Kontrolle	435
f) Bedeutung eines Steuerkontrollsystems für alle Abgabenpflichtigen,	133
insbesondere im Zusammenhang mit dem Finanzstrafrecht	437
II. Einreichung der Steuererklärungen	438
Erklärungsfristen	
2. Vertretbare Rechtsansicht	439
a) Allgemeines zur Offenlegung	439
b) Vertretbare Rechtsansicht iZm Verrechnungspreisen	440
III. Während der Außenprüfung	441
1. Außenprüfung	441
a) Einleitung	441
b) Ablauf der Außenprüfung	442
c) Prüfungsbericht	445
d) Wiederholungsprüfung	445
e) Allgemeine Rechte und Pflichten während der Außenprüfung	446
IV. Nach der Außenprüfung	451
1. Neue Bescheide	451
a) Verjährungsfristen	451
b) Aufhebung des Bescheides gemäß § 299 BAO	454
c) Wiederaufnahme eines bereits mittels Bescheid abgeschlossenen Verfahrens	
gemäß § 303 BAO	455
2. Bescheidbeschwerde	
a) Allgemeines	457
b) Einbringung der Beschwerde	458
c) Aufschiebende Wirkung	459
d) Inhalt der Beschwerde	460
e) Zurückweisung der Beschwerde	462
f) Beschwerdevorentscheidung	462
g) Vorlageantrag	463
h) Vorlage der Beschwerde	463
i) Verfahren vor dem Bundesfinanzgericht	463
j) Erkenntnisse und Beschlüsse des Bundesfinanzgerichts	464
k) Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof	465
3. Verständigungsverfahren iSd Art. 25 OECD-MA	465
a) Verständigungsverfahren	

	Seite
b) Parteistellung und Rechte des Abgabepflichtigen	469
c) Verhältnis zu innerstaatlichen Rechtsmitteln	
4. EU-Schiedsübereinkommen	472
a) Rechtsgrundlagen	
b) Beantragung	
c) Parteistellung und Rechte des Abgabepflichtigen	
d) Verhältnis zu innerstaatlichen Rechtsmitteln	
5. EU-Besteuerungsstreitbeilegungsgesetz (EU-BStbG)	
a) Rechtsgrundlagen	
b) Beantragung	
c) Parteistellung und Rechte des Abgabepflichtigen	
d) Verhältnis zu innerstaatlichen Rechtsmitteln	
Einfache Gegenberichtigung Joint Tax Audits	
V. Finanzstrafrechtliche Aspekte im Zusammenhang mit	403
Verrechnungspreisdokumentationen	488
1. Bedeutsame Strafvorschriften	
2. Finanzvergehen im Zusammenhang mit der Verrechnungpreisdokumentation	
3. Prüfung zur Sachverhaltsklärung	
4. Würdigung des Prüfungsberichts	
5. Proaktive Vermeidung finanzstrafrechtlicher Konsequenzen	
a) Grundlagen	
b) Rechtzeitigkeit einer Selbstanzeige	
c) Mindestinhalt einer Selbstanzeige	
d) Übermittlung der Selbstanzeige	
7. Teil: Schweiz	497
A. Gesetzliche Grundlagen in der Schweiz	498
B. Verhinderung des Konflikts	11/1
B. Verhinderung des Konflikts	499
I. Verbindliche Auskunft (Ruling)	
1. Überblick	
2. Rulingprozess in der Praxis	
Austausch des Rulings II. Advance Pricing Agreements	
1. Überblick	
2. APA-Verfahren	
III. Umsetzung und Deklaration	
C. Anbahnung & Austragung des Konflikts:Verfahren zur Verrechnungspreisaufrechnung	
I. Zuständige Behörde	
II. Mitwirkungspflichten/Steuerprüfung	
III. Aufrechnungsanlässe	
D. Streitschlichtung bei der Gewinnsteuer auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden	505
I. National: Einspruchs- und Gerichtsweg 1. Einspracheverfahren	
2. Beschwerdeverfahren	506
a) Beschwerde ans Bundesgericht	
b) Spezifisches nationales Rechtsverfahren	
II. International: Verständigungsverfahren (MAP)	
1. Überblick	
2. MAP-Verfahren	
a) Antrag	
b) Prüfung des Falles durch das SIF	
c) Konsultationen mit dem anderen Staat	
d) Rückzug des Antrags	
e) Entscheidung über die Forderung des Steuerpflichtigen	
f) Schiedsgerichtsverfahren	

g) Auswirkungen auf die Steuerveranlagung	519
h) Auswirkung auf hängige inländische Verfahren	520
i) Auswirkungen des Aktionspunktes 14 der BEPS	520
3. Konsultationsverfahren	521
Stichwortregister	523



